

## I Erläuterungen

**Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung**

### Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsam.

#### Analysekompetenz

- Analysefragen unter Verwendung von Fachkategorien strukturiert bearbeiten (A3)
- den grundlegenden Problemgehalt oder die fundamentale Konfliktstruktur differenziert beschreiben (A5)

#### Urteilskompetenz

- mögliche Folgen unterschiedlicher Lösungsansätze abschätzen (U2)
- eigene Entscheidungen argumentativ begründen (U5)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung der Aufgabe nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

### Inhaltlicher Bezug

Die Aufgabe bezieht sich auf das Themenfeld *Herausforderungen der Parteiendemokratie* (Q1.2), insbesondere auf das Stichwort *Nationale Wahlen und Wahl des Europaparlaments im*

*Zusammenhang mit entsprechenden Parteiensystemen, Bildung der jeweiligen Exekutive.*

Der inhaltlich kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Internationale Konflikte und Konfliktbearbeitung in einer differenzierten Staatenwelt* (Q3.1), insbesondere auf das Stichwort *Möglichkeiten, Verfahren und Akteure kollektiver Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung im Rahmen internationaler Institutionen und Bündnisse (insbesondere Vereinte Nationen inkl. UN-Charta, NATO).*

## II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

### Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: Frank-Walter Steinmeier spricht in der vor der 17. Bundesversammlung anlässlich seiner Wiederwahl gehaltenen Rede, erschienen am 13.02.2022 auf der Website [bundespraesident.de](https://www.bundespraesident.de), über die neuen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland sowie in der Welt. Zentrale Aussagen dabei sind:

- Wer die Demokratie angreife, werde Frank-Walter Steinmeier als Gegner haben.
- Die Wiederwahl sei ihm eine Ehre und eine Freude, allerdings Sorge er sich um die Beschränkungen durch die Pandemie und um den Frieden in Europa.
- Frieden sei nicht selbstverständlich, sondern müsse kontinuierlich mit Klarheit, Abschreckung und Entschlossenheit erarbeitet werden.
- Die Gefahr eines drohenden militärischen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine werde von ihm gesehen.
- Die Ukrainer hätten ein Recht auf ein angstfreies Leben mit Selbstbestimmung und Souveränität. Einem Land, das dieses zerstört, würde entschlossen von deutscher Seite geantwortet.

- Deutschland als Teil der NATO und der Europäischen Union bekenne sich zu seinen Verpflichtungen in diesem Bündnis und stünde an der Seite vieler Länder Osteuropas sowie von allen Bündnispartnern.
- Bundespräsident Steinmeier betont, die Gemeinschaft sei die Gemeinschaft liberaler Demokratien und Präsident Putin dürfe die Stärke der Demokratie nicht unterschätzen.
- Eine friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt sei erstrebenswert. Um dauerhaften Frieden in Europa müsse sich stets bemüht werden.
- Des Weiteren appelliert er an Präsident Putin, sich nicht in kriegerische Auseinandersetzungen zu stürzen, sondern den Frieden in Europa zu bewahren.
- Die Stärke der Demokratie zeige sich auch darin, dass trotz der Pandemie Bürger aus allen Teilen Deutschlands zur Bundesversammlung gekommen sind, um die demokratische Institution zu achten. Die Demokratie lebe von der Vielfalt, die in der Bundesversammlung repräsentiert werde.
- Bundespräsident Steinmeier verstehe sich als jemand, der den Bürgern Zukunftsangst nehmen und Zuversicht geben könne.

### Aufgabe 2

Zur Bedeutung und Funktionen von Wahlen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland können folgende Aspekte erläutert werden:

- Wahlen bilden die Grundlage einer Demokratie, da hierbei die Beteiligung der Bürger als Inhaber der Staatsgewalt sichtbar wird (Art. 20 Abs. 2 GG).
- Wahlen legitimieren die zentralen Bestandteile des politischen Systems, also die Zusammensetzung der Exekutive und Legislative.
- Sie sind die wichtigste Form der demokratischen Kontrolle und Teilhabe.
- Wahlen entscheiden darüber, welche politischen Ziele und Themen sich im Ideenwettbewerb der Parteien durchsetzen. Da es sich bei dem System der Bundesrepublik Deutschland um eine Parteiendemokratie handelt, werden die wichtigsten Entscheidungen von politischen Parteien getroffen.
- Über Wahlen wird die Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse eingebunden. Die Wählerschaft wird für gesellschaftliche Werte, politische Ziele und Programme mobilisiert. Der Wählerwille wird repräsentiert.
- Durch Wahlen wird Vertrauen an Personen und Parteien übertragen.
- Die politische Elite wird durch Wahlen rekrutiert (Rekrutierungsfunktion).
- Über Wahlen wird ein Konkurrenzkampf um politische Macht auf der Grundlage alternativer Wahlprogramme herbeigeführt.
- Eine Entscheidung über die Regierungsführung in Form der Bildung parlamentarischer Mehrheiten wird ebenfalls durch Wahlen herbeigeführt. Eine kontrollfähige Opposition wird entsprechend eingesetzt und ggf. ein Machtwechsel vollzogen (Kontrollfunktion).

Außerdem können folgende Aspekte in die Erläuterung einfließen:

- Die Machtvergabe wird durch die periodisch stattfindenden allgemeinen Wahlen zeitlich begrenzt.
- Wahlen finden nach in Artikel 38 GG festgelegten Wahlrechtsgrundsätzen (allgemein, frei, gleich, geheim und unmittelbar) statt.

### Aufgabe 3

Die Karikatur „Der Wachhund und sein neues Herrchen“, von Heiko Sakurai gezeichnet, bezieht sich auf den Amtsantritt von António Guterres als Generalsekretär der UNO am 01.01.2017.

Die Karikatur drückt aus, dass das eingeschüchterte Hündchen in der Hundehütte seinen Aufgaben nicht gewachsen ist, obwohl die große Hundehütte, die die UNO repräsentiert, einen viel größeren Wachhund erwarten lässt. António Guterres, der Generalsekretär, hat also keine wirkliche Macht.

Folgende Möglichkeiten der UNO, kriegерische Auseinandersetzungen zu befrieden, können z.B. angeführt werden:

- Nach der UN-Charta wurden drei wichtige Prinzipien für die Friedenserhaltung festgelegt: Verpflichtung aller Staaten zur friedlichen Beilegung von Konflikten, Verbot der Androhung und Anwendung von Gewalt sowie die Beistandsverpflichtung aller UN-Mitglieder für Maßnahmen der UNO.
- Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen trägt die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Dieser fasst Beschlüsse mit bindender Wirkung für alle UN-Mitglieder. Unter den fünf ständigen Mitgliedern des Rates befindet sich unter anderem auch Russland.
- Der Sicherheitsrat gibt Empfehlungen zur Beilegung von Streitigkeiten und entsendet Friedenstruppen (sogenannte UN-Blauhelme). Er stellt die Bedrohung des Friedens, eines Friedensbruchs oder eine Angriffshandlung fest. Er kann Zwangsmaßnahmen zur Wahrung des Friedens beschließen, die von Wirtschaftssanktionen bis zur Anwendung von Waffengewalt zur Herstellung und Sicherung des Friedens reichen.
- António Guterres, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, kann die „Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf jede Angelegenheit lenken, die nach seinem Dafürhalten geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden“ (Art. 99 UN-Charta).
- Staaten können sich hinsichtlich ihrer freiwillig eingegangenen Verpflichtungen gegenseitig kontrollieren und deren Einhaltung anmahnen.

Folgende Grenzen der UNO, kriegерische Auseinandersetzungen zu befrieden, können z.B. angeführt werden:

- Bei Beschlüssen des Sicherheitsrates bedarf es der Zustimmung von neun Mitgliedern einschließlich sämtlicher ständiger Mitglieder (Art. 27 UN-Charta). Beschlüsse lassen sich aber von jedem ständigen Mitglied mit seinem Vetorecht verhindern. So wird eine wirksame Arbeit des Sicherheitsrates oft blockiert, trotz der Verankerung einer Gleichberechtigung der Mitgliedstaaten in der Charta der Vereinten Nationen.
- Die UNO-Mitglieder sind verpflichtet, die Resolutionen des Sicherheitsrates umzusetzen. Allerdings ist die UNO bei militärischen Einsätzen immer darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten die notwendigen finanziellen und militärischen Ressourcen für entsprechende Missionen zur Verfügung stellen.
- Die Bilanz zur Sicherung des Weltfriedens durch die UNO ist gespalten, einigen erfolgreichen Friedensmissionen stehen viele gescheiterte UN-Missionen gegenüber. Aufgrund des Vetorechts bleibt der Sicherheitsrat bei vielen Kriegen sogar untätig.

#### **Aufgabe 4**

Der Bundespräsident wird von der Bundesversammlung gewählt. Immer wieder wird gefordert, eine direkte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk einzuführen.

In der Diskussion können z.B. folgende Argumente für eine Direktwahl aufgegriffen werden:

- Eine Identifikation des Volkes mit dem Bundespräsidenten wäre so möglich. Durch die Direktwahl wird eine demokratische Legitimation vermittelt.
- Das Wort des Bundespräsidenten hätte bei einer Direktwahl möglicherweise mehr Gewicht.
- Eine Direktwahl des Bundespräsidenten könnte ein gewisses Gegengewicht zur Bundestagswahl darstellen, da die Person für die Bürger im Vordergrund steht und nicht die Partei.
- Die Bundesversammlung vollzieht häufig das, was die Parteispitzen vorher vereinbart haben. Da der Präsident diesen sein Amt verdankt, könnte das möglicherweise eine parteikonforme Amtsführung zur Folge haben. Ein direkt gewählter Präsident könnte überparteilicher agieren und an Popularität gewinnen.
- Es würde dem Bundespräsidenten mehr Unabhängigkeit geben.
- Nach einer so langen Demokratieerfahrung in der Bundesrepublik Deutschland kann dem Volk und dessen Wahlentscheidung vertraut werden.
- Direktwahlen von Ämtern haben sich auch in Deutschland zumindest auf lokaler Ebene z.B. bei der Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterwahl bewährt.

In der Diskussion können z.B. folgende Argumente gegen eine Direktwahl aufgegriffen werden:

- Es besteht ein höherer Aufwand für die Organisation der Wahl, wenn alle Bürger wählen dürfen. Außerdem sind häufig mehrere Wahlgänge nötig.
- Bei einer Direktwahl entsteht die Illusion beim Volk, dass die Macht mehr bei ihm liege und weniger bei der Regierung.
- Ein direkt gewählter Bundespräsident könnte seine dann von ihm in Anspruch genommene „höhere Legitimation“ gegenüber dem Kanzler ausspielen.
- Bei einer Direktwahl des Bundespräsidenten entstünde eine monatelange, polarisierende Wahlkampfsituation.
- Das aktuelle politische System hat sich bewährt.

Die Diskussion soll zu einer abschließenden Bewertung führen.

### **III Bewertung und Beurteilung**

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Bei der Bewertung und Beurteilung der Übersetzungsleistung in den Fächern Latein und Altgriechisch sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 14 OAVO in Verbindung mit Anlage 9c anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO sowie Anlage 9c zu § 9 Abs. 14 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Für die Bewertung in den modernen Fremdsprachen ist der „Erlass zur Bewertung und Beurteilung von schriftlichen Arbeiten in allen Grund- und Leistungskursen der neu beginnenden und fortgeführten modernen Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe, dem beruflichen Gymnasium, dem Abendgymnasium und dem Hessenkolleg“ vom 7. August 2020 (ABl. S. 519) zugrunde zu legen. Demnach erfolgt die Bewertung und Beurteilung mit der Maßgabe, dass lediglich bei der Ermittlung des Prüfungsergebnisses (Note) aus Prüfungsteil 1 und 2 gerundet wird.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit „**ausreichend**“ (5 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- die zentralen Aussagen des Textes im Ansatz zusammengefasst werden,

**Aufgabe 2**

- die Bedeutung und die Funktionen von Wahlen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ansatzweise erläutert werden,

**Aufgabe 3**

- ausgehend von der Aussage der Karikatur Möglichkeiten und Grenzen der UNO kriegsrechtliche Auseinandersetzungen zu befrieden, ansatzweise analysiert werden,

**Aufgabe 4**

- ansatzweise diskutiert wird, ob der Bundespräsident in der Bundesrepublik Deutschland direkt vom Volk gewählt werden sollte.

Eine Leistung ist mit „**gut**“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

**Aufgabe 1**

- die zentralen Aussagen des Textes verständlich und strukturiert zusammengefasst werden,

**Aufgabe 2**

- die Bedeutung und die Funktionen von Wahlen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland differenziert und ausführlich erläutert werden,

**Aufgabe 3**

- ausgehend von der Aussage der Karikatur Möglichkeiten und Grenzen der UNO kriegsrechtliche Auseinandersetzungen zu befrieden, differenziert analysiert werden,

**Aufgabe 4**

- differenziert diskutiert wird, ob der Bundespräsident in der Bundesrepublik Deutschland direkt vom Volk gewählt werden sollte.

**Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen**

| Aufgabe | Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen |        |         | Summe |
|---------|--|--------|---------|-------|
|         | AFB I  | AFB II | AFB III |       |
| 1       | 25   |        |         | 25    |
| 2       | 5  | 20     |         | 25    |
| 3       |  | 20     | 5       | 25    |
| 4       |  | 5      | 20      | 25    |
| Summe   | 30   | 45     | 25      | 100   |

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.